

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

SPD/III/34

Hannover, 19. März 1948

Vom Sinn sozialdemokratischer Politik

sp. Durch die Unterdrückung der SPD in der Ostzone wurde der demokratische Sozialismus in Deutschland seiner wichtigsten traditionellen Kraft- und Energiereserven beraubt: die sozialdemokratische Wählerschaft in Sachsen, Thüringen und vor allem in Berlin fallen auf absehbare Zeit für die Entscheidungen aus, die in den vereinigten Westzonen dringlich geworden sind. Zwar erweist sich Berlin unter sozialdemokratischer Führung als ein unerschütterlicher Rammbock im totalitären Ozean des Ostens, aber es vermag sein Gewicht infolge seiner Isolierung vorerst im Westen noch nicht zur Geltung zu bringen. Aber auch dann würde die Million sozialdemokratischer Stimmen in Berlin noch nicht ausreichen, um das klerikale Übergewicht in Bayern und im Rheinland auszugleichen. Der Anschluß der französischen Zone wird das Übergewicht dieser Kreise noch stärker akzentuieren.

Unter diesen Umständen ist von der Fortschrittsfreundlichkeit und dem sozialen Verantwortungsbewußtsein des Besitzbürgertums, von denen mancher Illusionist nach dem Kriege orakelte, nichts übrig geblieben. Die russische Politik in der Ostzone schaffte dem Besitzbürgertum in Westdeutschland vorerst den gefürchtetsten Gegner, die Sozialdemokratie, vom Halse und gibt ihm somit die letzte Chance, sich an der Einlösung der fällig gewordenen soziologischen Wechsel vorbeizudrücken. Auch der sogenannte fortschrittliche Flügel der CDU ist nur für Dekorationszwecke da. Sowie ein entsprechendes Thema berührt wird, es handle sich dabei um die Sozialisierung, die Bodenreform oder den Lastenausgleich, wehren sich die Exponenten der CDU und der anderen bürgerlichen Parteien mit Händen und Füßen gegen jede fortschrittliche Lösung.

Insofern haben die besitzbürgerlichen Schichten in den Westzonen, die der Sozialdemokratie suggerieren wollen, sie möchte doch zum Wohle der Gesamtheit die überflüssig gewordene Klassenkampfparole aufgeben, tatsächlich bereits eine unerbittliche Klassenfront wieder aufgerichtet. Sie vergessen dabei, daß es sich beim Klassenkampf nicht um eine Idee handelt, sondern um einen soziologischen Zustand, für dessen Verewigung paradoxerweise gerade sie mit allen

Mitteln eintreten. Mit verbissener Konsequenz widersetzen sie sich jeder Neuordnung der Verhältnisse, betrachten die Flüchtlinge als Parias und denunzieren jeden Ansatz zu einem planmäßigen Eingriff in das Wirtschaftschao als totalitären Bolschewismus.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen bleibt der Sozialdemokratie nur die Alternative, in Frankfurt, wo sie den zweiten Platz einnimmt, entweder den Weg des Tolerierens und der Kompromisse zu beschreiten, oder aber den ihr vom Bürgertum hingeworfenen Fehthandschuh entschlossen aufzunehmen. Ginge sie den Weg des Tolerierens, den Weg einer uferlosen Koalitionsbereitschaft, so würde sie damit ihre Kräfte verbrauchen, ohne sie auch nur im bescheidensten Maße entfalten zu können. Mögen sich die anderen immerhin über die "Verantwortungslosigkeit der SPD" entrüsten oder auch an ihr berauschen: wir haben uns die Frage vorzulegen, ob Verantwortung jemals im luftleeren Raum denkbar ist oder vielmehr in einer Sphäre der Realität. Verantwortung wofür? Für die Verschleppung der Bodenreform? Für die Abkehr von der Sozialisierung? Für das Trugbild eines unzureichenden Lastenausgleiches? Die augenblicklichen Mehrheitsverhältnisse würden es der Sozialdemokratie in Frankfurt nur gestatten, im Schatten des bürgerlichen Einheitsblocks zu existieren und damit den konservativen Starrsinn mit ihrem guten Namen zu legitimieren.

Hinweise auf die völlig andersartige Entwicklung in Berlin sind lehrreich, wenn sie richtig begriffen werden. In Berlin steht der politische, in Westdeutschland der soziale Inhalt der deutschen und damit auch weitgehend der europäischen Zukunft zur Debatte. In Berlin kämpft die Sozialdemokratie augenblicklich Schulter an Schulter mit den beiden bürgerlichen Parteien um die Erhaltung der primitivsten Menschenrechte. Sie stand in diesem Kampf vor zwei Jahren völlig allein auf weiter Flur und CDU wie LDP schwenkten erst in die gleiche Front ein, als es unzweideutig um ihre eigenste Sache ging. Aber: Wenn es in Berlin eine einheitliche Front gegen die politische Rechtlosigkeit gibt, warum sollte nicht in Westdeutschland eine ähnliche Front gegen das Prinzip sozialer und geographischer Privilegierung etablieren? Warum sollte die Sozialdemokratie in den Westzonen nicht eine engere Zusammenarbeit mit der KP erstreben?

Wäre die kommunistische Partei jemals ein wirklich unabhängiger Faktor gewesen, so lohnte sich eine Diskussion über dieses Thema. Aber schließlich weiß jeder zur Genüge, daß solches niemals der Fall war. Über lokale Fraktionsentscheidungen hinaus, die keiner theoretischen Rechtfertigung bedürfen, kann eine engere politische Zusammenarbeit mit einer Partei, die sich als Handlanger der Willkür erweist, unter selbstbewußten Sozialdemokraten nicht einen Augenblick ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Um ihren Einheitswillen zu bekunden, bedarf die Sozialdemokratie keiner "nationalen Repräsentation" irgendwelcher Art. Eine derartige Institution wäre bei dem derzeitigen Stand der Dinge zu politischer Ohnmacht verurteilt, da die Wiederherstellung der deutschen Einheit von wesentlich anderen Faktoren abhängt als von

rhetorischen Glanzleistungen. Ist somit eine nationale Repräsentation augenblicklich in jeder Form überflüssig, so würde eine sozialdemokratische Beteiligung für die Partei selbst und für Gesamtdeutschland sogar schädlich sein. Wir würden uns mit Partnern an einen Tisch setzen, deren Bekenntnis zur Einheit Deutschlands keiner ehrlicher Gesinnung entspringt, sondern höchst fragwürdige Motive verschleiern will. Einer dieser Partner wäre die SEP, die wir nicht anerkennen, weil sie nicht einem echten politischen Bedürfnis, sondern einem schmachvollen Gewaltmanöver ihre Entstehung verdankt. Außerdem ist unsere Konzeption eines künftigen Deutschlands von denen unserer Gegner himmelweit verschieden: Wir erstreben einen organisch erwachsenden Bundesstaat mit starken und wirksamen zentralen Kompetenzen, aber weder eine locker gefügte Staatenföderation, wie sie dem Ideal bayerischer Reaktionäre entsprechen würde, noch einen Polizeistaat nach osteuropäischem Muster.

Genau wie auf dem politischen, haben wir ~~uns~~ auch auf dem geistigen Kampffeld mit zwei Gegnern auseinanderzusetzen: der orthodoxen Engstirnigkeit, die sich möglichst auch an die Interpunktionszeichen marxistischer Schriften klammern will, wie gegen den Opportunismus, der am liebsten die gesicherten Erkenntnisse einer hundertjährigen Vergangenheit über Bord werfen möchte, um dem Philanthropentum gewisser ästhetisch-literarischer Kreise zu imponieren. Die deutsche Sozialdemokratie weiß besser als ihre sämtlichen "Freunde", daß sie ein neues Programm braucht: sie wird sich dieses unbeirrbar und in methodischer Arbeit durch eine schöpferische geistige Leistung schaffen, und es wird sicherlich allen Ansprüchen der modernen Zeit genügen. Für konstruktive Mitarbeit eines jeden wird die Sozialdemokratie ihre Tore weit geöffnet halten: aber die ideologischen Neubürger von 1945 in unseren Reihen sollten sich dabei nicht voreilig an die Spitze drängen. Wir versagen uns nach keiner Seite hin einer ehrlichen Klärung und Verständigung: aber dem endgültigen Akt der Versöhnung muß der endgültige Akt der Befreiung, auch im sozialen Leben, vorausgehen.

Die Sozialdemokratie sagt überall in Deutschland "Nein" zu den Zuständen, aber nicht "Nein" zur Verantwortung. Freilich lehnt sie den bloßen Schein einer solchen ab, um sich echte Verantwortung zu erringen. Wer immer an dieser Aufgabe mitwirken will, dürfte sich kaum noch beklagen, daß sein Wirkungsfeld nicht reich genug bestellt sei. Wer aber glaubt, unsere Gegenwartsarbeit böte nicht genug begeisternde Impulse, bekundet damit nur einen überwältigenden Mangel an politischer Phantasie. Mehr als vielleicht jemals in ihrer Geschichte ist die deutsche Sozialdemokratie heute eine revolutionäre Partei: sie ist damit in einem Zeitalter von Umwälzungen größten Stils schon durch ihr Vorhandensein schlechthin die eigentliche Substanz der deutschen Politik.

(B. 1/193/hs)

...

Frankreichs Linke in Nöten

A.F. Paris, im März 1948

Die Kommunisten gehören heute in Frankreich nicht mehr zur politischen Linken, sie stehen gewissermaßen abseits der Nation. Niemand denkt ernstlich daran, mit ihnen irgendwie zusammenzuarbeiten. Unter "Linke" versteht man alle diejenigen, die gleichzeitig an Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit glauben, d.h. praktisch die Sozialisten und die Fortschrittlichen Elemente der Volksrepublikaner sowie ein Teil der Radikalsozialisten unter Führung von Herriot.

Und diese Linke findet nicht ihren Weg. Die Bewegung der "Dritten Kraft", die vor wenigen Monaten hoffnungsvoll ins Leben gerufen wurde, hat enttäuscht. Es ist ihr nicht gelungen, die sündende Idee zu finden. Die negative Ablehnung von Kommunismus und Gaullismus allein genügt nicht, um die Massen zu begeistern.

Innerhalb der sozialistischen Partei, dem wichtigsten Träger dieser "Dritten Kraft", herrscht augenblicklich eine lähmende Unsicherheit. Die Partei läßt sich von den Ereignissen treiben, anstatt sie zu beherrschen, ihre Mitglieder verlieren langsam das Vertrauen in die Dynamik ihrer eigenen Bewegung. Die verschiedenen Tendenzen und Strömungen, an denen die französische sozialistische Partei immer reich war, begnügen sich mit der Verteidigung alter, meist überholter Formeln, d.h. übernommene Dogmen ersetzen die dynamische, den Verhältnissen angepaßte Idee.

Mit einer ernstlichen Spaltung der Partei ist kaum zu rechnen. Sie könnte nur vom linken Flügel ausgehen, und die Vertreter dieser Richtung wissen sehr wohl, daß es zwischen Sozialisten und Kommunisten keinen Platz mehr für eine neue Partei gibt. Die Rückkehr zum klassischen Marxismus ist weder ideologisch noch politisch eine Lösung. Es gilt, die Freiheit und den sozialen Fortschritt gegen die Kommunisten und den wahrscheinlich autoritären und bürgerlichen Gaullismus zu verteidigen. Diese Notwendigkeit ist so zwingend, daß sie alles weitere, politische Handeln bedingt.

Als neuer Belebungsversuch der Linken wurde dieser Tage von einigen Sozialisten-Mitgliedern des Parteivorstandes, Parlamentariern und Journalisten- und einer Reihe politisch nicht gebundener Intellektuellen wie Sartre, Rousset (Verfasser eines sehr beachteten Buches über die Konzentrationslager in Deutschland und ehemaliger Trotzkiist) eine "Demokratisch-Revolutionäre Sammlungsbewegung" gegründet. Ihr Programm geht an den Grundfragen vorbei und begnügt sich mit allgemeinen Forderungen, die zwar berechtigt sind, sich aber nur schwer werden verwirklichen lassen. Der Erfolg dieser neuen Bewegung wird daher auch gering sein.

Wird es der französischen Linken möglich sein, ihre innere Unsicherheit zu überwinden? Dazu wäre erforderlich, daß sie sich endlich entschließt, ihre alten Dogmen beiseite zu stellen und realistisch unter

Berücksichtigung der Erfordernisse unserer Zeit nach einem neuen Weg zu suchen. Die Partei sucht immer noch bei Marx die Antwort auf Fragen, die der Vater des wissenschaftlichen Sozialismus nicht einmal ahnen konnte. Es ist schwer möglich, doktrinar marxistisch zu sein und praktisch, im täglichen Kampf, eine travallistische Politik zu verfolgen. Ideologie und politische Tat müssen sich ergänzen, sie dürfen sich nicht widersprechen, wie es heute bei den französischen Sozialisten der Fall ist. In der Überwindung dieses Gegensatzes liegt wahrscheinlich der Ausweg aus ihrer Sackgasse.

-.-.-

Bemühungen um ein Bistum Saargebiet

sp. Der Präsident der saarländischen christlichen Volkspartei, Johannes Hoffmann, hat sich vorige Woche nach Rom begeben, um dort beim Vatikan für die Bildung eines selbständigen Bistums Saargebiet einzutreten. Der Bischof Bornwasser von Trier, dem das Saargebiet zur Zeit kirchlich unterstellt ist, widersetzt sich diesem Plan, während der elsässische Clerus die Bemühungen Hoffmanns unterstützt.

Der Chefredakteur der Sozialdemokratischen "Volksstimme" in Saarbrücken wollte eine entsprechende Notiz über die Reise Hoffmanns veröffentlichen. Darauf beschlagnahmte der Parteivorsitzende, Richard Kirn, unter Berufung auf seine Rechte als Parteivorsitzender die bereits mit der Notiz versehenen Exemplare der "Volksstimme". Nach einer heftigen Diskussion zwischen Kirn und dem Chefredakteur wurde die Notiz zurückgezogen und die Zeitung vom 13. März erschien ohne Erwähnung der Reise Hoffmanns.

(B.52/193/hs)

-.-.-

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen

sp. Die inkonsequente Haltung der VVN-Organisationen wird in einer Stellungnahme der sozialdemokratischen ODP-Zentrale festgestellt. In der Stellungnahme heißt es:

"Staatskommissar Dr. Auerbach hat sich auf einer Kundgebung der VVN gegen die Zahlung der Pensionen an ehemalige Offiziere gewandt, nachdem vorher schon die SPD-Fraktion in Frankfurt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Frage gelenkt hat. Während in den Westzonen Offizierspensionen erst diskutiert werden, erfolgt in der Ostzone bereits seit geraumer Zeit die Auszahlung derartiger Pensionen an willfähige Offiziere, die sich dem neuen totalitären System zur Verfügung gestellt haben. Die VVN-Organisationen der Ostzone und der Westzonen haben bisher jedoch zu dieser Tatsache geschwiegen und damit zu erkennen gegeben, daß sie in ihrer zentralen Leitung von kommunistischen Dirigenten abhängig sind".

(B.1/193/hs)

-.-.-

Eine klare Erkenntnis

Hugo S c h m i d t , geb. 20.3.1899 in Parschnitz, Krs. Trautenau, Sudetenland, ist aus der kommunistischen Partei ausgetreten. Er erklärt dazu: "Der Grund hierfür sind die Vorgänge in der Tschechoslowakei, die meiner Meinung nach sich nicht mit den Freiheitsrechten vereinbaren lassen. Als steter Kämpfer des Sozialismus bin ich gegen jede gewalt-same Verwirklichung dieses Gedankens und lehne es ab, für eine Demokratie in diesem Sinne weiter zu kämpfen. Als früheres Mitglied der sozialistischen Jugendbewegung "Falken" seit 1922 und als ordentliches Mitglied der S P D seit 1930 bedauere ich es, in die K P D eingetreten zu sein. Ich habe nunmehr erkannt, daß die S P D die wahre Verfechterin der sozialen Demokratie ist und schließe mich ihr mit dem heutigen Tage wieder an".
(B.1/193/hs)

-.-.-

Antevertzigt eines KP-Abgeordneten

Der Landtagsabgeordnete der KP von Rheinland-Pfalz, Paul B a u - m a n n (Mainz), hat, wie wir erfahren, seine sämtlichen Ämter im Landtag, im Mainzer Stadtrat und Kreistag niedergelegt und ist aus der KP ausgeschlossen. Baumann war auch Leiter der städt. Betreuungsstelle für die Opfer des Faschismus. B. hat auch dieses Amt niedergelegt. Den Gerichten nach soll er Antifaschisten im Dritten Reich verraten haben.
(B.1/193/hs)

-.-.-

Besuch Kurt Heinigs in Deutschland

Der frühere Reichstagsabgeordnete, Kurt Heinig, Vertreter des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schweden, wird Anfang April zu einem Besuch nach Deutschland kommen.
(B.1/193/hs)

-.-.-

Über 300 000 organisierte dänische Sozialdemokraten

Die dänischen Sozialdemokraten verfügen über 1300 sozialdemokratische Vereine mit 305 606 Mitgliedern. 1945 brachte einen Zuwachs von 11 000, 1946 von 25 000 und 1947 von 19 972 Mitgliedern. Im Laufe der letzten acht Jahre ist die Mitgliedsziffer um insgesamt 65 000 gestiegen.
(B.1/193/hs)

-.-.-

Empfehlungen für London

Nach einer Meldung der Londoner "Daily Mail" prüft das englische Außenministerium augenblicklich dringende Empfehlungen, die von einem hohen Beamten der Militärregierung nach London überbracht wurden. Sie befürworten die Überprüfung der Reparationen und Demontagen in der britischen Zone und die Einstellung der Demontage bei Krupp, die Erhöhung des Tonnageraums für die Deutschland zugebilligten Schiffe und den Verzicht Belgiens und Hollands auf die geforderten Grenzberichtigungen.
(B.65/193/hs)

-.-.-

Verantwortlich: Peter Raunau